

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/44. Jahrgang

März 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

Wer soll den Umweltpreis erhalten?

Am 18. März entscheidet die Jury über die Vergabe des diesjährigen Umweltpreises der Stadt Gießen, der mit 1000 Euro dotiert ist und am 16. Mai übergeben werden soll.

Fünf Vorschläge liegen diesmal vor, darunter gleich dreimal eingereicht die Bürgerinitiative "Stoppt diese Landesgartenschau" für ihr Engagement zur Erhaltung von Natur und Umwelt im Bereich Wieseckau/Schwanenteich. Obwohl sie es auch unserer Ansicht redlich verdient hätte, ist die BI wohl chancenlos, da die Stadt nicht über ihren eigenen Schatten (Umweltfrevel) springen wird.

Unter den Vorschlägen befindet sich auch die Wohnbau Gießen GmbH wegen ihrer energetischen Sanierung bei gleichzeitig preisgünstigem Wohnraum. Dem muß widersprochen wer-

den. In den in der Begründung genannten sanierten Häusern ist die Miete von ursprünglich 3,50 bis 5 Euro auf 6,40 Euro pro qm angestiegen.

Selbst wenn man die von der Wohnbau angegebene Heizkosten-Ersparnis von 80% zugrunde legt, ist die Ersparnis nur halb so hoch wie die Mieterhöhung.

Die energetische Sanierung ist zwar gut für den Klima- und Umweltschutz, aber auch gut für die Gewinne der Wohnbau.

Sie kann – wie jeder Vermieter – 11% der Kosten auf die Jahresmiete umschlagen; d.h. nach neun Jahren haben sich diese Maßnahmen amortisiert, aber die erhöhte Miete bleibt. Viele Mieter mit geringem Einkom-

(Fortsetzung auf Seite 2)

8 März: Internationaler Frauentag



Inhalt:

LaGa erzeugt Wut im Bauch	S.3
Rettungsschirm - Diktatur	S.4
Rhön-Klinik/Drogenhilfe/Buch-Tip	S.5
Jung und billig? Nicht mit uns	S.6
Hässliche Welt/Drohnen morden	S.7
v. Faschismus sprechen/Termine	S.8



Aufruf zum Frankfurter Ostermarsch 2013

Deutsche Soldaten kämpfen in Afghanistan, sie sind auf dem Balkan und in Afrika, deutsche Patriot-Systeme stehen an der Grenze zu Syrien.

Deutsche Waffen töten in zahlreichen Konflikten auf allen Kontinenten Menschen.

Deutschland liefert als drittgrößter Waffenexporteur weltweit auch Waffen in Regionen, wo Menschenrechte unterdrückt werden, wie z.B. in Saudi-Arabien...

(Den vollständigen Text des Aufrufes gibt es hier: http://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/Ostermarsch-Aufruf_2013.pdf)

Die Abschlußkundgebung des Frankfurter Sternmarsches findet am Ostermontag ab 13 Uhr auf dem Römerberg statt. - Treffpunkt für Mittelhessen: 11.30 Uhr, Eschersheim, Am Weißen Stein

Für Frieden und Sozialismus!



Internationaler Frauentag - nicht nur Zeichen setzen

Der erste Internationale Frauentag fand am 19. März 1911 auf Initiative von Clara Zetkin statt, mit der Hauptforderung des Frauenwahlrechts. Auf den 8. März wurde er erst 1921 gelegt, zum Gedenken des 8. März 1917 als in St. Petersburg Arbeiter- und Soldatenfrauen und Bäuerinnen streikten und damit einen großen Beitrag zur Februarrevolution leisteten. Er wurde zwischen 1933 und 1945 in Deutschland verboten, dafür der auch heute beliebte Muttertag eingeführt. Leider ist der Internationale Frauentag teilweise zu einem weiteren Valentins- und Muttertag verkommen, mit Blümchen und Glückwünschen. Frauen wollen keine Geschenke, son-

dern fordern die Rechte ein, die ihnen zustehen. Frauenrechte werden als Gründe für Kriege bzw. Kriegsziele in Afghanistan oder Iran immer gerne genommen, bei Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien spielen sie anscheinend keine Rolle; in Deutschland ist

rechtliche Fortschritt. Ob das diesjährige Motto des DGB „Heute für morgen Zeichen setzen“ kämpferisch genug ist, um endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu bekommen, wage ich zu bezweifeln. Das Kapital fühlt sich durch gesetzte Zeichen sicherlich nicht unter Zugzwang.

Die Forderung nach der Gleichberechtigung gilt für Frauen aller Schichten. Die bürgerliche Frauenbewegung ist da erfolgreich, wo Frauen gleichberechtigt Zugang zu Studium und ungehinderte Zulassung zu gewerblichen und industriellen Berufen haben. Käme es zu dieser Gleichberechtigung würde der Konkurrenzkampf der lohnabhängigen Arbeitskräfte untereinander verschärft und der Lohn für weibliche wie männliche Arbeitskräfte sinken. Für lohnabhängige Frauen ist die soziale Unabhängigkeit, weg von der Lohnklaverei, unabdingbar für eine wirkliche Befreiung. Notwendig ist nicht die gleiche Ausbeutung von Mann und Frau, sondern die Beseitigung der Ausbeutung.

Clara Zetkin sah die Emanzipation der Frauen in Zusammenhang mit einer Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse: Nur in einer sozialistischen Gesellschaft könne die Gleichberechtigung beider Geschlechter verwirklicht werden - genau dafür müssen wir 102 Jahre später weiter kämpfen.

Sabine Albrecht



sogar eine Verschlechterung der Situation von Frauen zu beobachten. Gerade in Zeiten von ökonomischen Krisen werden Frauen zurück an den Herd gedrängt, aktuell versüßt durch das Betreuungsgeld. Die geplante Kürzung der Prozeßkostenhilfe für Geringverdiener trifft auch hauptsächlich Frauen - bei zwei Dritteln der Scheidungen ist sie notwendig, und das zumeist für Frauen. Auch die Sparmaßnahmen der kommunalen „Rettungsschirme“ beeinträchtigen vor allem Frauen, z.B. die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung in Nebenstraßen führt dazu, daß Frauen sich bei Dunkelheit nicht mehr sicher fühlen.

Das Wahlrecht wurde erkämpft, genau wie jeder andere soziale oder



(Fortsetzung von Seite 1)

Umweltpreis

men können ihre eigene Wohnung nicht mehr bezahlen und müssen ausziehen. Teilweise mehr als 10 Euro pro qm verlangt die Wohnbau an Bruttomiete z.B. in der Heinrich-Will-Straße.

Von Sozialwohnungen kann man da nicht mehr reden, im Gegenteil: die Wohnbau macht saftige Gewinne auf Kosten der Mieter.

Und die verwendet sie aber nicht ausschließlich zur Instandhaltung oder zur Errichtung preiswerter Wohnungen, sondern die führt sie als Überschuß an die Stadtkasse ab in den den maroden städtischen Haushalt.

Michael Beltz

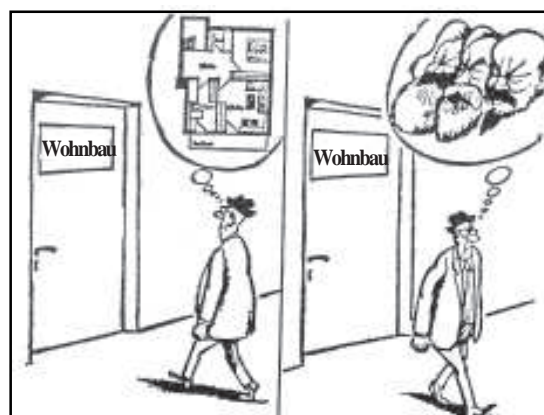
Gummi-Insel zum Verkauf?!

Seit Jahren sind die 78 Wohnungen auf der Gummi-Insel (Leimenkauter-/Läufersrüder Weg) sanierungsbedürftig; die Wohnbau läßt die denkmalgeschützte Rotklinker-Anlage vergammeln. Auf

einer Mieterversammlung Mitte Februar rückte sie jetzt mit ihren Absichten heraus: Die Wohnungen sollen verkauft werden, bzw. „die Mieter erhalten die Möglichkeit ihre Wohnungen zu kaufen

und auf eigene Kosten zu sanieren“. Das rief scharfen Protest hervor; mehr als die Hälfte der Mieter sind Sozialhilfeempfänger. Jetzt soll mit allen Mietern über ihre Sanierungswünsche gesprochen werden, was natürlich zu „einer Neukalkulation der Miete führen müsse“. Und wenn sich unter den Mietern keine Käufer finden, wird sich die Wohnbau „anderweitig nach Käufern umsehen“.

M.B.



LaGa erzeugt Wut im Bauch

Als im November letzten Jahres die Stadtverordnetenversammlung beschloß, dem Bürgerbegehren zur Rettung des Schwanenteiches „vollinhaltlich zu entsprechen“ und deswegen auf die Überprüfung der 3500 Unterschriften verzichtete, waren ei-



nige skeptisch. Zu Recht. Statt – wie beschlossen – Bäume, Sträucher und überhängenden Bewuchs zu erhalten, wurden im Februar „Gehölzpfle-

gearbeiten“ durchgeführt und dabei nicht nur Bäume gefällt, sondern auch die Sträucher weitgehend entfernt. Die BI Stoppt diese Landesgartenschau befürchtet nun, daß damit das Bürgerbegehren unterlaufen wurde und wird Anzeige beim RP erstatten. Darüber hinaus verlangt sie in einem Brief an die OB Aufklärung und die Beseitigung der entstandenen Schäden.*)

Ähnlich dreist ist der Beschluß zur Ostanlage. Außer den LaGa-Betreibern, die hier ihre Bimmelbahn fahren lassen wollen, sind alle mit der jetzigen Verkehrsführung zufrieden: Anwohner, Mitarbeiter der Gerichte und Schulklassen auf dem Weg ins Hallenbad. Nur 5% von insgesamt 2300 Anrufern sprachen sich bei einer telefonischen Abstimmung des Anzeigers für die LaGa-Pläne aus, 5% möchten die Ampel und die Erhaltung der Unterführung, und 90% wollen, daß alles bleibt, wie es ist.

Dennoch und obwohl es keine Landeszuschüsse gibt, hat der Magistrat jetzt beschlossen, daß die Unterführung zugeschüttet und eine Ampel-

Denkmalschutz für Ostanlagen-Unterführung

Der Obergrüne Grothe hat die Unterführung der Ostanlage, die zugeschüttet werden soll, als "aus der Steinzeit der Verkehrspolitik" bezeichnet. Wenn das so ist, dann müßte das Ding ja unter Denkmalschutz gestellt und auf jeden Fall erhalten werden!
G.L.

anlage installiert wird. 350.000 Euro soll der Wahnsinn kosten, plus 125.000 Euro für Leitungsverlegungen. Damit würden die Ausgaben knapp unter 500.000 Euro bleiben und brauchen nicht vom Stadtparlament genehmigt werden.

Ein Antrag von Michael Beltz (Linksfraktion), dieses Limit zu senken um solche Verschwendungen zu erschweren, wurde im vergangenen Jahr abgelehnt.

In Bingen, dem gern als Musterbeispiel genannten Ort einer gelungenen Landesgartenschau, ermittelt die Staatsanwaltschaft inzwischen wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit und durchsuchte die LGS-Büros.

Erika Beltz

*) Hier kann der Offene Brief an die OB nachgelesen werden:

http://www.giessener-zeitung.de/giessen/?page=content%2Farticle_detail.php&docid=76769

LaGa vernichtet auch Moore

Die Gießener Umweltverbände (NABU, BUND u.a.) wollen die Landesgartenschau kritisch begleiten. Dazu wurde ein Runder Tisch eingerichtet, an dem diese Verbände, die Stadt und die Gartenschau-Planer vertreten sind.

Die Naturschützer hatten dort die Forderung gestellt, bei der Anlage der Pflanzflächen keinen Torf zu verwenden.

Bei der Gewinnung von Torf werden Moore zerstört, deswegen verzichten umweltbewußte Gärtner auf dieses Material und verwenden stattdessen Stoffe wie Kompost und Mulch.

Die Forderung wurde von den LaGa-Gärtnern zunächst zustimmend zur Kenntnis genommen.

Jetzt aber haben sie den Verbänden die lange Nase gezeigt. Wer ohne Torf gärtnern will, kann das gerne zu Hause im eigenen Garten machen, sie als Profis lassen sich aber nicht

reinreden. Damit ist eine Möglichkeit vertan, wenigstens in diesem Punkt eine vorbildliche Gartenschau zu gestalten. Nicht nur in Gießen wird Land-

schaft zerstört, sondern für den verwendeten Torf irgendwo anders ein Stück ökologisch wertvolles Moor.

Gernot Linhart



"Rettungsschirm" – Diktatur der Herrschenden

Fast alle hessischen Kommunen haben sich dem Spardiktat „Rettungsschirm“ unterworfen. Sie haben damit jeglichen Gestaltungsspielraum aufgegeben und sich auf Jahre verpflichtet, freiwillige Leistungen Schritt für Schritt zurückzunehmen und die kommunalen Steuern, Gebühren und Tarife zu erhöhen. Sie riskieren die Schließung von Hallenbädern, Bürgerhäusern oder Bibliotheken, statt auf die Einhaltung der ihnen laut Hessischer Verfassung zustehenden finanziellen Ausstattung zu bestehen. Warum tun sie das?

Weil es ihre eigenen Parteifreunde in Berlin sind, die diese Entwicklung planmäßig vorantreiben, die in wechselnden Rollen als „Regierung“ oder „Opposition“ die gleiche Politik be-

treiben. Weil die öffentliche Verschuldung eine stinknormale Methode des kapitalistischen Wirtschaftens ist. Sie verschafft den Banken Gewinne, drohselt kommunalen „Sozialklimbim“, macht die Demokratie zur Farce und die Kommunen abhängig von Kredit- und Zuschußgewährung.

Aus dem gleichen Grund werden „Schuldenbremsen“ diktiert, statt für ausreichende Einnahmen zu sorgen. Entsprechende Forderungen gibt es genug, allen voran die nach einer Vermögens- und Finanztransaktionssteuer. Aber dies würde einen sozialistischen, zumindest einen sozialen Staat voraussetzen.

Seit der Kapitalismus sich in Europa als Sieger der Geschichte geriert, zeigt er immer deutlicher sein wahres

„Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern...“ (Hessische Verfassung, Artikel 137, 5. Absatz)

Gesicht: Obdachlosigkeit, Menschen erfrieren, Massenarbeitslosigkeit, Armut, insbesondere Altersarmut grassiert, aus Verzweiflung kommt es sogar zu Selbstverbrennungen... Die Herrschenden sind selbst im Zweifel, wie lange es ihnen noch gelingen wird, den Sozialismus als Teufelswerk zu verdammen. Sie sorgen vor. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung schmieden sie ihre Waffen – bis hin zum Bundeswehreinsatz im Innern. E. Beltz

Artikel 20 Grundgesetz: „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. (1) „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand...“ (4)



In Gießen wird teurer:

Grundsteuer B, Gebühren für KiTa, Straßenreinigung, Bestattung, Volkshochschule, Hundesteuer, Parken, Abwasser, Jugendbildungswerk, Ferienkarussell.

Kürzungen gibt es bei:

Verwaltung, Personal (Abbau von 3 Stellen/Jahr), Dienstleistungen, Nachtbus, Stadthallen, Förderung Sportvereine, –stätten und –veranstaltungen, Denkmalschutz, Meisterkonzerte, öffentliche Toiletten, Ausstellungen.

Eingefroren werden:

Förderung von Maßnahmen zur Kinder- und Jugenderholung, Jugendgruppen, Jugendpflege, Kinder- und Jugendschutz, freie Träger.

Gestrichen wird: Bonus bei Anmeldung des 1. Wohnsitzes.

Neu eingeführt werden:

Zweitwohnsitzsteuer, Gewässergenehmigungsgebühr.

(Diese Liste ist nicht vollständig) Schon heute steht fest, daß das nicht das Ende der Mehrbelastungen ist.

Eberhard-Dähne-Gässchen in Marburg

In Marburg gibt es eine "Anneliese-Pohl-Allee", benannt nach der Gattin des Multimillionärs und Vorsitzenden der Deutschen Vermögensberatung Dr. Reinfried Pohl. Anfang Februar wurde nun von der SDAJ Gießen/Marburg die Straße symbolisch in "Eberhard-Dähne-Gässchen" umbenannt. Dähne war als DKP-Mitglieder langjähriger Stadter. Er war lang Vorsitzender der HBV Marburg/Bie- denkopf. Er kämpfte auf kommunaler Ebene gegen die zunehmende Privatisierung und eine Politik die an den Interessen des Kapitals ausgerichtet ist. Die SDAJ würdigte damit einen Menschen, der sich stets für die kleinen Leute eingesetzt hat. Ihm gebührt ein Straßename und nicht einer Multimillionärs-gattin..



Uni-Kliniken: Steuergelder für Rhön-Profite

Landesregierung und Rhön AG haben eine neue Vereinbarung zum Weiterbetrieb des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) beschlossen. Grundtenor: Das Land zahlt, die Aktionäre kassieren. 13 Millionen Euro will die Regierung jedes Jahr für Investitionen bereitstellen, zusätzliche 3 Millionen erhält die Rhön AG als angeblichen Ausgleich dafür, daß das Klinikum 2 Standorte hat. Dabei waren die beiden Kliniken vor der Privatisierung fusioniert worden, um Einspareffekte zu erzielen! Die von Rhön zugesagte Partikeltherapie zur Krebsbehandlung soll ab 2014 Patienten behandeln. Wer's glaubt, wird selig. Allein das Einholen aller notwendigen Genehmigungen und die Einarbeitung des Personals ist in der verbleibenden Zeit nicht möglich. Am einschneidendsten sind die Vereinbarungen für die 367 Beschäftigten, die ihre Rückkehr in den Landesdienst beantragt hatten. Mindestens 150 sollen in Rahmen eines Gestellungsvertrages

im Klinikum bleiben. Viele davon hatten gehofft, dieser Tretmühle mit Arbeitshetze und ständigem Druck entkommen zu sein und innerlich mit ihrer bisherigen Tätigkeit abgeschlossen - jetzt müssen sie dahin zurück. Als kleinen Trost erhalten sie wenigstens das Weihnachtsgeld für 2012, das ihnen die Rhön AG vorenthalten wollte. Eine Frechheit von Rhön AG und Landesregierung gegenüber dem Personal ist, daß eine entsprechende Regelung nicht schon voriges

Jahr getroffen wurde - die Entscheidung vieler Betroffener wäre wahrscheinlich anders ausgefallen. Mit ihrer Vereinbarung will sich die CDU/FDP-Landesregierung über die Landtagswahl im Herbst retten. Sie will verschleiern, daß die Privatisierung ein gescheitertes Experiment zu Lasten von Personal und Patienten ist. Da nutzen auch keine neuen Regelungen - die Kliniken müssen wieder in die Verantwortung des Landes!

Gernot Linhart



Die Welt begreifen – organisiert handeln

Symposium „Die Einheit von Philosophie im Kampf für den Kommunismus“ anlässlich des 85. Geburtstages von Hans Heinz Holz.

Mit Beiträgen von Patrik Köbele, Hans-Peter Brenner, Wolfram Triller, Alfred J. Noll, Friedrich-Martin Balzer, Domenico Losurdo, Arnold Schölzel, Aydin Cubukcu, Isabel Monal, Klaus Steiniger.

Berlin, edition ost, 7,99 Euro

Was wird aus der Drogenhilfe in Gießen?

Die Methadon-Ambulanz in der Schanzenstraße in den Räumen der Suchthilfe Gießen ist Geschichte. Seit vielen Jahren betrieben hier die AG Rauschmittelprobleme und die Vitos-Klinik (ehemals PKH Giessen) gemeinsam eine Ambulanz für Heroinabhängige. Nachdem zum Jahresende 2012 die Vitos-Klinik den Vertrag gekündigt hatte, konnte keine einvernehmliche Lösung für den Weiterbetrieb gefunden werden. Das Ergebnis: der bisher angestellte Arzt hat sich entschieden, eine Praxis in der Schützenstrasse zu eröffnen und dort die Substitution der ca. 80 Heroinabhängigen fortzusetzen. Hierfür gibt es eine Abrechnung mit den Krankenkassen, so dass die Drogenpolitik in Gießen nun in einem wesentlichen Punkt von der Stadt überhaupt nicht mehr zu beeinflussen ist. Politische Entscheidungen - etwa über Standorte und Angebote - werden nun von den privaten Trägern getroffen. Die Finanzierung der Substitution ist seit vielen Jahren völlig auf die Krankenkassen verlagert; eine aus Steuermitteln zur Verfügung gestellte Drogenhilfe wird um diesen Bereich beschnitten und darüber hinaus in ihrem Be-

stand gefährdet. Die psycho-soziale Begleitbetreuung der Drogenabhängigen spielt bei dieser Substitution keine Rolle mehr, sie wird nicht mehr finanziert. Dass bei dieser Art der Finanzierung das Hauen und Stechen unter den Betreibern entsteht, ist in keinster Weise an den inhaltlichen Bedürfnissen der Drogenproblematik festgemacht, sondern aus der Not der Finanzsituation entstanden. In Konsequenz bedeutet dies, dass die Stadt Gießen bei dem seit vielen

Jahren politisch brisanten Thema Drogenhilfe und Drogenpolitik die Entscheidungskompetenz über Art und Umfang von Hilfeleistung mehr oder weniger aufgeben muss, denn kasernenärztliche Abrechnungen bedürfen keiner kommunalpolitischen Entscheidungen. Die Fortsetzung der Entpolitisierung der Gestaltung des Lebens in dem Gemeinwesen Gießen ist dabei die logische Konsequenz.

H.R.



**Liebe Leserinnen
und Leser**

des Gießener Echo,
zum 1. Januar hat die Post sehr
drastisch die Gebühren erhöht -
für Büchersendungen um 66%.
Der Versand des Echo kostet
jetzt allein 1,00 Euro an Porto.

**Wir brauchen Spenden
Gießener Echo**

**Konto Nr. 193070
BLZ 51350025
Sparkasse Gießen**

*Wir bedanken uns herzlich bei
allen, die uns mit kleinen oder
größeren Spenden unterstützt und
die Herausgabe des Gießener
Echo gesichert haben.*

Leserbrief

Die Sparwut hat auch die Grundschule in
Leihgestern erreicht. Laut Aussage
meines Sohnes ist eine der beiden Reini-
gungskräfte in Rente gegangen und so
wird nur noch einmal die Woche geputzt.
Deshalb müssen die Kinder in der 2.
Klasse täglich zu zweit den Boden keh-
ren. (Name ist der Redaktion bekannt)

**Redaktionsschluß für das
April.-Echo: Freitag, 5.4.13**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; ver-
antw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise:
monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im
Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 €
Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen,
BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an:
Gießener Echo, Postfach 110226, 35347
Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de.
Im Internet: www.dkp-giessen.de
Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate
kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren
- das Gießener Echo online (pdf)
abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

Jung und billig? Nicht mit uns!

Laut der Shell Studie 2010 haben
62% aller Jugendlichen Angst davor,
keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz
zu finden. Ist diese Angst berechtigt?
Jährlich unterschreiben etwa 500.000
Jugendliche einen Ausbildungsver-
trag. Auf den ersten Blick ein hoher
Wert, doch die Zahl der Suchenden
ist wesentlich höher. So landeten
allein im Jahre 2012 ca. 300.000 in
sog. „berufsvorbereitenden Maßnah-
men“. Eine genaue Zahl, wie viele
weitere keinen Ausbildungsplatz be-
kommen und deswegen weiter zur
Schule gehen, arbeiten oder in die

digungsschutz und angemessenen
Lohn ausgebeutet oder gehen direkt
in die Arbeitslosigkeit. Auch die Zahl
und Schärfe der Sanktionen ist unter
Jugendlichen besonders groß. Über
150.000 Hartz IV Empfängern wird
der Regelsatz gekürzt. Vielen wird
dabei die Unterstützung für bis zu 3
Monaten komplett gestrichen, wenn
sie sich weigern, eine vorgeschlage-
ne Arbeit aufzunehmen. Die Begrün-
dung spielt dabei meist keine Rolle.
Bei weiteren Verstößen können zu-
sätzlich Wohnungs- und Heizzu-
schüsse gestrichen werden. Aus die-
ser Situation heraus ist die



Die SDAJ-Gießen/Marburg am 2.2.2013 gegen
die NATO-Sicherheitskonferenz in München

Angst vor Arbeitslosigkeit be-
rechtigt. Viele Jugendliche
sind mittlerweile bereit, jeder
Beschäftigung nachzugehen
und hören auf zu kämpfen für
ihre Rechte. Traumberuf bleibt
meist Traumberuf und hat mit
der Realität wenig gemein.
Im Gegenteil, sind doch Über-
stunden und Schikanen an
der Tagesordnung und das
Konto am Monatsende gähnt
trotzdem vor Leere.
Wir als kämpfende Jugend
wollen nicht für den Profit von einigen
wenigen arbeiten, sondern für die ge-
samte Gesellschaft und für unsere
Bedürfnisse produzieren.
Aus diesem Grund fordern wir:
* ein Recht auf einen Ausbildungs-
und Arbeitsplatz
* eine bedingungslose unbefristete
Übernahme
* das Verbot der Leiharbeit und von
Hartz IV
* ein Verbot von unbezahlten Über-
stunden
* eine 30-Stunden-Woche bei vollen
Lohnausgleich
* einen Mindestlohn von 12 Euro pro
Stunde
Eure SDAJ-Gießen/Marburg

Angst vor Arbeitslosigkeit be-
rechtigt. Viele Jugendliche
sind mittlerweile bereit, jeder
Beschäftigung nachzugehen
und hören auf zu kämpfen für
ihre Rechte. Traumberuf bleibt
meist Traumberuf und hat mit
der Realität wenig gemein.
Im Gegenteil, sind doch Über-
stunden und Schikanen an
der Tagesordnung und das
Konto am Monatsende gähnt
trotzdem vor Leere.
Wir als kämpfende Jugend
wollen nicht für den Profit von einigen
wenigen arbeiten, sondern für die ge-
samte Gesellschaft und für unsere
Bedürfnisse produzieren.
Aus diesem Grund fordern wir:
* ein Recht auf einen Ausbildungs-
und Arbeitsplatz
* eine bedingungslose unbefristete
Übernahme
* das Verbot der Leiharbeit und von
Hartz IV
* ein Verbot von unbezahlten Über-
stunden
* eine 30-Stunden-Woche bei vollen
Lohnausgleich
* einen Mindestlohn von 12 Euro pro
Stunde
Eure SDAJ-Gießen/Marburg

wollen nicht für den Profit von einigen
wenigen arbeiten, sondern für die ge-
samte Gesellschaft und für unsere
Bedürfnisse produzieren.

Aus diesem Grund fordern wir:

- * ein Recht auf einen Ausbildungs-
und Arbeitsplatz
- * eine bedingungslose unbefristete
Übernahme
- * das Verbot der Leiharbeit und von
Hartz IV
- * ein Verbot von unbezahlten Über-
stunden
- * eine 30-Stunden-Woche bei vollen
Lohnausgleich
- * einen Mindestlohn von 12 Euro pro
Stunde

Eure SDAJ-Gießen/Marburg

Die kämpfende Jugend der SDAJ Gießen/Marburg trifft sich jeden Dienstag um 18:30
Uhr in Gießen oder Marburg (Ort auf Anfrage: sdaj-giessenmarburg@gmx.de) Weitere
Informationen unter: www.comandante.twoday.net oder www.sdaj-hessen.de

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Probexemplar bzw. 10 Wochen Gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen,

tel 0201-2486482, E-mail: UZabo@t-online.de

www.unsere-zeit.de

Hässliche neue Welt

Wir erinnern uns: 1975 musste die US-Armee endgültig und schmachvoll besiegt aus Vietnam abziehen. Eine neue Strategie wurde gesucht und im Laufe der Jahre gefunden: „The new Normal“, die „Neue Normalität“. Sie wurde erprobt im Desert Storm gegen den Irak und fortentwickelt im „Krieg gegen den Terror“. Da werden erstens Kriege nicht mehr beendet, sondern die Besatzer bleiben für immer im besiegten Land, der Krieg wird ein permanenter. So wird in Afghanistan offiziell ein Abzug angekündigt, aber es bleiben zehntausende sog. Berater im Land, die das korrupte Marionettenregime von Karzai am Leben erhalten. Sogar Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen können Soldaten ersetzen.

Zweitens wird der bedrohlichen Überdehnung des US-Interessengebietes durch Arbeitsteilung mit den verbündeten kapitalistischen Staaten entgegengewirkt. Je nachdem welche Interessen diese im betreffenden Gebiet verfolgen, beteiligen sie sich gern. So übernimmt jetzt Frankreich als frühere Kolonialmacht die Aufgabe des militärischen Ersteinsatzes in Mali. Beim Krieg 1999 gegen Jugoslawien war Deutschland ausersehen, eine führende Rolle zu spielen. Das Interesse des deutschen Imperialis-

mus konzentrierte sich stets auf den europäischen Kontinent, und da vor allem in Richtung Osten. Schon im ersten Weltkrieg („Serbien muss sterben!“) und im zweiten hatten deutsche Truppen Belgrad zerstört; unter Rot/Grün erfolgte der dritte Angriff. Heute stellt Deutschland im Rahmen der neuen Strategie sein Territorium für den US-Raketenschirm gegen Russland zur Verfügung. Am Niederrhein bei Kalkar und Ramstein beginnt jetzt der Aufbau dieser Raketenbasis. Der Raketenschirm reicht nach offiziellen Angaben „von den Alpen bis Norwegen“, von der östlichen Ausdehnung schweigt man amtlicherseits. Dass man damit Kalkar und Ramstein in das Fadenkreuz östlicher Mittelstreckenraketen rückt, stört unsere Volksvertreter nicht.

Die neue Art der Kriegsführung ist drittens mit völlig neuartigen Waffensystemen verbunden, etwa mit unblutigem Cyberkrieg (z. B. gegen Iran) und dem Einsatz unbemannter Killer-Drohnen. Sie kennen keine Ländergrenzen, ihr Einsatzgebiet ist die ganze Welt. Diese wird ein globaler Militärpolizeistaat. Mit der überlegenen Technik wird versucht, zukünftige Kriege unterhalb der Schwelle zu

Zum Rücktritt des Pastes



Ein großer Schritt für ihn und ein winziger für die Menschheit
Wiglaf Droste

halten, die das Leben in den kapitalistischen Industriestaaten treffen würde. Moralisch wird eine allgemein erstrebenswerte „westliche Wertegemeinschaft“ vorgegaukelt, der anzugehören alle Völker erstrebenswert finden sollen, allen ginge es dann gut. Aber dass es schwierig ist, den Menschen einzureden, ein Kreuzchen auf einem undurchsichtigen Wahlzettel machen zu dürfen, ersetze Arbeit und Brot, sieht man zur Zeit in Ägypten und Tunesien. Klaus Mewes

Wer Drohnen anschafft, will morden

Drohnen – das ist eine verharmlosende Bezeichnung für fliegende Mordautomaten. Etwa 3000 Menschen wurden in den letzten Jahren damit ermordet, nicht von Verbrechern oder Terroristen, sondern von Militärs im Auftrag von Politikern. Soldaten sitzen in einem bequemen Sessel vor einem Bildschirm und schießen wie bei einem Computerspiel per Tastendruck – hunderte bis tausenden Kilometer entfernt sterben Menschen, die sogenannte Zielperson, aber auch Familienmitglieder, Besucher oder zufällig dort befindliche Personen. Oft reichen den Tätern die Opfer noch nicht aus. Nach einiger Zeit, wenn sich Helfer und Trauernde versammelt haben, drücken sie ein zweites Mal

ab. Nach genügend Abschüssen bekommen sie dafür eine extra dafür geschaffene Tapferkeitsmedaille umgehängt. Die Regierungen, die solche Morde anordnen (bis jetzt vor allem von USA und Israel) erklären diese Lynchjustiz selbstherrlich für legal. Niemand hat bisher die Mög-

lichkeit, die Schuldigen vor Gericht zu stellen oder eine internationale Instanz einzuschalten. Jetzt will auch die Bundeswehr diese Mordinstrumente anschaffen. Kriegsminister de Maizere, der wahrscheinlich militaristischste und kriegsgeilste Minister, der dieses Amt je innehatte, will die weltweite deutsche Kriegs-beteiligung, von Afghanistan bis Mali, damit effektiver machen. Auch die deutsche Rüstungsindustrie ist nicht faul, sie will mit der Entwicklung eigener Tötungsmaschinen am internationalen Mordgeschäft mitverdienen. Ein Grund mehr für uns, auch in diesem Jahr beim Ostermarsch gegen Krieg und Rüstung zu demonstrieren.

Gernot Linhart



Warum wir von Faschismus sprechen sollten!

Immer wieder wird innerhalb der Linken über die Frage gestritten, ob von Faschismus oder Nationalsozialismus gesprochen werden soll. Wie bedeutsam diese Frage ist hat der konservative Historiker Henry Ashby Turner klar erkannt: „Entspricht die weit verbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen.“

In der Gründungsphase der BRD bis in die Mitte der 1960er Jahre dominierte die Totalitarismushypothese die Debatte. Es wurde nicht von Faschismus, sondern nur von Nationalsozialismus gesprochen. Ein Begriff, den die Faschisten aus propagandistischen Gründen selber kreiert hatten. Der Nationalsozialismus wurde als Zwillingbruder des Kommunismus gesehen. Das traf sich wieder mit einer der Lebenslügen der BRD, die Weimarer Republik wäre an den Extremen von Links und Rechts zugrunde gegangen. Erst durch die sog. 1968er

Bewegung wurde die marxistische Faschismustheorie im Westen wieder entdeckt. Faschismus ist eine Form bürgerlicher Herrschaft. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten bedeutete für die politische Linke nicht nur eine epochale Niederlage, sondern auch den Zusammenbruch des ideologischen Koordinatensystems. Viele Aktivisten kehrten der Politik den Rücken und eine junge Generation von Linken war auf sich allein gestellt.

Der bürgerliche Staat und seine herrschende Klasse waren in der Offensive und versuchten ehemals linke Begriffe wie Antifaschismus, Internationalismus, Imperialismus entweder für sich zu vereinnahmen oder zu delegitimieren. Die Grundlage dafür war die Gleichsetzung der DDR mit dem deutschen Faschismus, was in dem Ausspruch, Deutschland habe zwei Diktaturen erlebt, zum Ausdruck kommt. Geflissentlich wird nicht zwischen Form und Inhalt unterschieden, werden historische Fakten ig-

noriiert. Während die Grundlage des Sozialismus die Gleichheit aller Menschen ist, ist es beim Faschismus die rassistisch definierte Ungleichheit. Der rassistisch motivierte Vernichtungskrieg des deutschen Faschismus gegen die slawische und jüdische Bevölkerung in Europa wird mit der Niederwerfung der Unruhen 1953 in der DDR und der dortigen Geheimdienstpraxis gleichgesetzt.

Die unterschiedliche soziale Basis und die politische Zielsetzung werden ignoriert. Der Kommunismus ist eine revolutionäre Befreiungsbewegung von Arbeiterinnen und Arbeitern, mit dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft. Der Faschismus ist eine reaktionäre Bewegung zum Schutz des Privateigentums und der Klassengesellschaft.

Ohne die Hilfe der herrschenden Klassen wäre der Faschismus weder in Deutschland noch Italien an die Macht gelangt. Diese historische Tatsache sollte die Linke nicht vergessen.

Henning Mächerle (DKP, VVN/BdA)

„...GERADE DICH, ARBEITER, WOLLEN WIR“

NATIONALSOZIALISMUS UND FREIE GEWERKSCHAFTEN IM MAI 1933

Ausstellung

vom 11.-22. März, von 9 bis 17 Uhr, im ehem. Café Rühl, Marktplatz 1, Gießen
Führungen zur jeweils vollen Stunde
Auch für Schulklassen geeignet

Veranstaltungen

Montag, 11. März, 19 Uhr:
Ausstellungseröffnung
Referent: **Dr. Ulf Immelt**,
DGB Mittelhessen

Dienstag, 12. März, 19 Uhr:
„Neues von den Juddebubbe“
Nationalsozialismus und Fußball
Referent: **Matthias Thoma**,
Gesch.führer Eintracht Museum

Mittwoch, 13. März, 19 Uhr:

„Gießen unterm Hakenkreuz. Die Machtergreifung in Oberhessen“
Referent: **Jörg-Peter Jatho**,
Historiker und Publizist

Donnerstag, 14. März, 19 Uhr:

„Damals und heute: Die Krise und die neue Rechte“
Referent: **Dr. Ulrich Schneider**, VVN

Samstag, 16. März, 19 Uhr:

„Satiren unterm Beil?“
Antifaschistische Satiren und Lieder von 1933 und 1945
Interpreten:
Erich Schaffner und Georg Klemp

DKP-Veranstaltung

Dienstag, 16. April, 19.30 Uhr,
Kerkrade-Zimmer, Kongreßhalle
Informations- und Diskussionsver-
anstaltung zu

Eritrea

Referent: **Alfred Mansfeld**,
Wien, Präsident der Österreichisch-
Eritreischen Gesellschaft.

Veranstaltung zum Tag des politischen Gefangenen

Der Paragraph 129, ein Instrument des präventiven Sicherheitsstaates!
Veranstalter: Rote Hilfe Gießen, Verband der kurdischen Studierenden in Gießen und Marburg und der SDAJ Gießen/Marburg
am Montag, dem 18. März, um 19 Uhr im Café Amélie, Gießen

Lesung in Wetzlar

Befreiung und soziale Emanzipation - Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus

von **Roman Danyluk**

Mittwoch, dem 6. März, um 19.30 Uhr
Gasthaus „Zum Niko“, Aßlarer Str. 10
Veranstalter: FAU-Lich/Wetzlar

Vormerken

Mo., 29. April, 20 Uhr, Café Amélie

Mai-Veranstaltung der DKP

Referent: **Patrik Köbele**,
stellvertretender Parteivorsitzender
der DKP
Musik: **Shake Hands**.

**Widerstand
gegen Hartz IV**
jeden Montag 18 - 19 Uhr
bei den drei Schwätzern